

# Gesetz der Volksrepublik China gegen familiäre Gewalt

## 中华人民共和国反家庭暴力法<sup>1</sup>

(2015年12月27日第十二届全国人民代表大会常务委员会第十八次会议通过)

### 目录

- 第一章 总则
- 第二章 家庭暴力的预防
- 第三章 家庭暴力的处置
- 第四章 人身安全保护令
- 第五章 法律责任
- 第六章 附则

### 第一章 总则

**第一条** 为了预防和制止家庭暴力,保护家庭成员的合法权益,维护平等、和睦、文明的家庭关系,促进家庭和谐、社会稳定,制定本法。

**第二条** 本法所称家庭暴力,是指家庭成员之间以殴打、捆绑、残害、限制人身自由以及经常性谩骂、恐吓等方式实施的身体、精神等侵害行为。

**第三条** 家庭成员之间应当互相帮助,互相关爱,和睦相处,履行家庭义务。

反家庭暴力是国家、社会和每个家庭的共同责任。

国家禁止任何形式的家庭暴力。

## Gesetz der Volksrepublik China gegen familiäre<sup>2</sup> Gewalt

(Am 27.12.2015 durch den Ständigen Ausschuss des 12. Nationalen Volkskongresses der Volksrepublik China in seiner 18. Sitzung verabschiedet)

### Inhalt

- 1. Kapitel: Allgemeine Bestimmungen
- 2. Kapitel: Prävention familiärer Gewalt
- 3. Kapitel: Vorgehen bei familiärer Gewalt
- 4. Kapitel: Schutzanordnung zur persönlichen Sicherheit
- 5. Kapitel: Gesetzliche Haftung
- 6. Kapitel: Ergänzende Regelungen

### 1. Kapitel: Allgemeine Bestimmungen

**§ 1 [Gesetzgeberischer Zweck]** Zweck dieses Gesetzes ist die Prävention und Unterbindung familiärer Gewalt, der Schutz der legalen Rechte und Interessen von Familienmitgliedern, der Erhalt von gleichberechtigten, harmonischen und zivilisierten Familienbeziehungen sowie die Förderung der Harmonie in der Familie und der Stabilität der Gesellschaft.

**§ 2 [Definition]** Familiäre Gewalt im Sinne dieses Gesetzes ist jedes Schlagen, Fesseln, brutales Verletzen oder Einschränken der persönlichen Freiheit sowie ständiges verbales Beleidigen, Drohen und auf andere Art körperlich, psychisch oder anderweitig verletzendes Handeln zwischen Familienmitgliedern.

**§ 3 [Familiäre, gesellschaftliche und staatliche Verantwortung]** Familienmitglieder müssen sich gegenseitig helfen, füreinander sorgen, harmonischen Umgang pflegen und ihren familiären Pflichten nachkommen.

Gegen familiäre Gewalt vorzugehen, ist gemeinsame Verantwortung des Staates, der Gesellschaft und jeder Familie.

Der Staat untersagt familiäre Gewalt jeglicher Form.

<sup>1</sup> Quelle des chinesischen Gesetzestextes: Internetseite des Nationalen Volkskongresses der VR China <[http://www.npc.gov.cn/npc/xinwen/2015-12/28/content\\_1957457.htm](http://www.npc.gov.cn/npc/xinwen/2015-12/28/content_1957457.htm)>.

<sup>2</sup> Die Übersetzung des Begriffs „家庭暴力“ als familiäre Gewalt und nicht als häusliche Gewalt ist bewusst gewählt, da sich das Gesetz (im Folgenden kurz „GgfG“) auf familiäre Gewalt, konkret auf Gewalt in der Familie bezieht und nur in § 37 GgfG der Anwendungsbereich des GgfG auch auf bestimmte Personen außerhalb der Familie ausgeweitet wird. Der Begriff häusliche Gewalt, der in Deutschland meist verwendet wird, bezieht sich dementsprechend auf Gewalt, die in der Privatsphäre stattfindet. Er besitzt nur indirekt einen Bezug dazu, wer die Gewalt ausübt bzw. in welchem Verhältnis derjenige zum Opfer der häuslichen Gewalt steht.

**第四条** 县级以上人民政府负责妇女儿童工作的机构，负责组织、协调、指导、督促有关部门做好反家庭暴力工作。

县级以上人民政府有关部门、司法机关、人民团体、社会组织、居民委员会、村民委员会、企业事业单位，应当依照本法和有关法律的规定，做好反家庭暴力工作。

各级人民政府应当对反家庭暴力工作给予必要的经费保障。

**第五条** 反家庭暴力工作遵循预防为主，教育、矫治与惩处相结合原则。

反家庭暴力工作应当尊重受害人真实意愿，保护当事人隐私。

未成年人、老年人、残疾人、孕期和哺乳期的妇女、重病患者遭受家庭暴力的，应当给予特殊保护。

**§ 4 [Rolle der Regierungsabteilungen und Organe, Finanzierung]** Die für die Arbeit mit Frauen und Kindern verantwortlichen Organe<sup>3</sup> der Volksregierung auf Kreisebene oder höher tragen die Verantwortung für die Organisation, Koordination, Anleitung, Überwachung und Förderung der betreffenden Abteilungen<sup>4</sup> zur erfolgreichen Erledigung der Arbeit gegen familiäre Gewalt.

Die betreffenden Abteilungen der Volksregierung auf Kreisebene oder höher, die Rechtsprechungsorgane<sup>5</sup>, Körperschaften des Volkes<sup>6</sup>, sozialen Organisationen<sup>7</sup>, Einwohnerkomitees, Dorfkomitees<sup>8</sup>, Unternehmen [und] Institutionseinheiten<sup>9</sup> müssen gemäß diesem Gesetz und den relevanten gesetzlichen Bestimmungen Arbeit gegen familiäre Gewalt erledigen.

Die Volksregierungen<sup>10</sup> aller Ebenen müssen die Bereitstellung der notwendigen finanziellen Mittel für die Arbeit gegen familiäre Gewalt garantieren.

**§ 5 [Grundsätze]** Bei der Arbeit gegen familiäre Gewalt gilt das Prinzip des Vorrangs der Prävention und der Verbindung von Erziehung, Therapie<sup>11</sup> und Strafe.

Bei der Arbeit gegen familiäre Gewalt muss der wirkliche Wille der Geschädigten respektiert und die Privatsphäre der Betroffenen<sup>12</sup> geschützt werden.

Minderjährigen, Senioren, Menschen mit Behinderung, schwangeren und stillenden Frauen und Schwerverkranken, die Opfer familiärer Gewalt werden, muss besonderer Schutz gewährt werden.

<sup>3</sup> Gemeint sind die Komitees für die Arbeit mit Frauen und Kindern (妇女儿童工作委员会), auf nationaler Ebene ist das das Komitee für Arbeit mit Frauen und Kindern des Staatsrates (国务院妇女儿童工作委员会)

<sup>4</sup> Es fehlt eine Zuweisung konkreter Kompetenzen oder Zuständigkeiten von Verwaltungsabteilungen. Eine spezielle Abteilung für die Arbeit gegen familiäre Gewalt gibt es (Stand 2018) nicht.

<sup>5</sup> Als Rechtsprechungsorgane bezeichnet das GfG die Volksgerichte der VR China, bestehend aus den Volksgerichten der Grundstufe (基层人民法院), den mittleren Volksgerichten (中级人民法院) und den oberen Volksgerichten (高级人民法院), den Militärgerichten (军事法院) und dem Obersten Volksgericht (最高人民法院). Die Volksgerichte unterstehen jeweils der Überwachung des nächsthöheren Volksgerichts. Sie müssen gemäß § 16 Gerichtsorganisationsgesetz der VR China regelmäßig vor dem jeweiligen Volkskongress (人民代表大会) oder dessen ständigem Komitee (常务委员会) Bericht erstatten.

<sup>6</sup> Folgende Körperschaften des Volkes (im Folgenden kurz „KdV“) werden im Gesetz genannt: Frauenbund, Vereinigung Behinderter, kommunistischer Jugendverband, Gewerkschaften. KdV sind unter der Leitung und nach den Bedürfnissen der KPCh und der Regierung eingerichtete, geleitete und finanzierte Organisationen zur Leitung der Organisationen der Massen (群众组织). Sie dienen als Brücke zwischen Partei und Regierung auf der einen und den Bürgern auf der anderen Seite. Sie führen politische Aufgaben durch und setzen Politiken um und vermitteln gleichzeitig die Meinung und Stimmung der chinesischen Bürger an die Partei und Regierung. Es existieren die folgenden acht großen KdV: der Gesamtchinesische Gewerkschaftsbund, der Kommunistische Jugendverband Chinas, die chinesische Vereinigung für Wirtschaft und Technologie, der Gesamtchinesische Industrie und Handelsbund, der Gesamtchinesische Frauenbund, der Gesamtchinesische Bund der zurückgekehrten Auslandschinesen, die Gesamtchinesische Vereinigung taiwanesischer Kompatrioten und der Gesamtchinesische Jugendbund. Diese acht KdV nehmen an der politischen Konsultativkonferenz des chinesischen Volks (中国人民政治协商会议) teil.

<sup>7</sup> Folgende soziale Organisationen werden im Gesetz angesprochen: Dienstleistungsorgane für soziale Arbeit, Organe für Wohlfahrt. Soziale Organisationen sind nichtstaatliche, Non-Profit-Organisationen zum öffentlichen Nutzen. Soziale Organisationen unterliegen einer Eintragungspflicht. Die sozialen Organisationen können weiter untergliedert werden in Vereine (社会团体), Stiftungen (基金会), nichtkommerzielle Einheiten (民办非企业单位) und soziale Organisationen mit Auslandsbezug (涉外社会组织).

<sup>8</sup> Einwohner- bzw. Dorfkomitees werden gemäß § 21 Organisationsgesetz der VR China für Einwohnerkomitees der VR China von der Volksregierung der gleichen Ebene bzw. gemäß § 37 Organisationsgesetz der VR China für Dorfkomitees von der Dorfgemeinschaft selbst eingerichtet (finanziert durch die Regierung). Die Mitglieder werden von den Stadtbewohnern bzw. Dorfbewohnern gewählt. Pro 100–700 Haushalte wird ein Komitee eingerichtet. Ihre Aufgaben sind in den jeweiligen Gesetzen festgelegt: Organisationsgesetz der VR China für Dorfkomitees (1998) § 9 und Organisationsgesetz der VR China für städtische Einwohnerkomitees (1990) § 3. Die chinesische Verfassung definiert Einwohner-, und Dorfkomitees als Selbstverwaltungsorganisationen der Massen an der Basis (基层群众性自治组织).

<sup>9</sup> Folgende Institutionseinheiten werden im GfG genannt: Bildungseinrichtungen, Medien und medizinische Einrichtungen. Institutionseinheiten haben nach § 50 Abs. 2 der Allgemeinen Grundsätze des Zivilrechts die zivile Rechtsform einer juristischen Person. Sie sind staatlich betriebene oder zumindest staatlich finanzierte öffentliche Einrichtungen. Sie erbringen Dienstleistungen hauptsächlich in den Bereichen der Kultur, Bildung, Wissenschaft und Gesundheit.

<sup>10</sup> Die Ebenen, auf denen Volksregierungen und dementsprechend auch Volkskongresse gebildet werden, sind: Provinzen (省), autonome Regionen (自治区), regierungsunmittelbare Städte (直辖市), autonome Provinzen (自治州), (Land-)Kreise (县), autonome Kreise (自治县), Städte (市), Stadtbezirke (市辖区), Kommunen (乡), ethnische Kommunen (民族乡) und Gemeinden (镇). Volkskongresse ab der Kreisebene und höher müssen ein ständiges Komitee einrichten. Die Volksregierung ist das Exekutivorgan des jeweiligen Volkskongresses (§ 54 OrgG). Die Volksregierungen aller Ebenen unterstehen dem Staatsrat (§ 55 Abs. 2 OrgG).

<sup>11</sup> Wörtlich heißt es „korrigieren und heilen“, Korrektur des Verhaltens, Verhaltenstherapie; Gesellschaftliche Rechtsabteilung, Interpretation des GfG, S. 20.

<sup>12</sup> 当事人, Betroffene sind Täter und Opfer, aber beispielsweise auch deren Angehörige.

## 第二章 家庭暴力的预防

第六条 国家开展家庭美德宣传教育, 普及反家庭暴力知识, 增强公民反家庭暴力意识。

工会、共产主义青年团、妇女联合会、残疾人联合会应当在各自工作范围内, 组织开展家庭美德和反家庭暴力宣传教育。

广播、电视、报刊、网络等应当开展家庭美德和反家庭暴力宣传。

学校、幼儿园应当开展家庭美德和反家庭暴力教育

第七条 县级以上人民政府有关部门、司法机关、妇女联合会应当将预防和制止家庭暴力纳入业务培训和统计工作。

医疗机构应当做好家庭暴力受害人的诊疗记录。

第八条 乡镇人民政府、街道办事处应当组织开展家庭暴力预防工作, 居民委员会、村民委员会、社会工作服务机构应当予以配合协助。

第九条 各级人民政府应当支持社会工作服务机构等社会组织开展心理健康咨询、家庭关系指导、家庭暴力预防知识教育等服务。

第十条 人民调解组织应当依法调解家庭纠纷, 预防和减少家庭暴力的发生。

## 2. Kapitel: Prävention familiärer Gewalt

§ 6 [Propaganda und Erziehung] Der Staat entfaltet Aktivität zu Propaganda und Erziehung zu familiären Tugenden, verbreitet Wissen gegen familiäre Gewalt und verstärkt die Aufmerksamkeit der Bürger gegenüber familiärer Gewalt.

Gewerkschaften<sup>13</sup>, kommunistische Jugendgruppen<sup>14</sup>, Frauenbünde<sup>15</sup> und Vereinigungen von Menschen mit Behinderung müssen in ihrem jeweiligen Tätigkeitsbereich Propaganda und Erziehung gegen familiäre Gewalt und zu familiären Tugenden organisieren und durchführen.

Rundfunksender, TV-Sender<sup>16</sup>, Zeitungen, Internet und andere Medien<sup>16</sup> müssen Propaganda zu familiären Tugenden und gegen familiäre Gewalt durchführen.

Bildungsstätten<sup>17</sup> und Kindergärten müssen Erziehung zu familiären Tugenden und gegen familiäre Gewalt durchführen.

§ 7 [Berufsbildungen und Dokumentation] Die betreffenden Abteilungen der Volksregierung auf Kreisebene oder höher, die Rechtsprechungsorgane und Frauenbünde müssen die Prävention und Unterbindung familiärer Gewalt in die Berufsbildung [ihrer Mitarbeiter] und die Arbeit mit Statistiken aufnehmen.

Medizinische Einrichtungen müssen Protokoll über die Diagnose und Behandlung von Geschädigten familiärer Gewalt führen.

§ 8 [Kooperationsverpflichtung] Die Volksregierungen der Gemeinden und Kleinstädte und die Straßenbüros [der Volksregierung]<sup>18</sup> müssen die Prävention von familiärer Gewalt organisieren und durchführen; Einwohnerkomitees, Dorfkomitees und Dienstleistungsorgane für soziale Arbeit<sup>19</sup> müssen in Abstimmung Hilfe gewähren.

§ 9 [Verpflichtung der Volksregierung zur Unterstützung sozialer Organisationen] Die Volksregierungen aller Ebenen müssen Dienstleistungsorgane für soziale Arbeit und andere soziale Organisationen dabei unterstützen, Dienstleistungen wie etwa die Beratung zu psychischer Gesundheit, Anleitung zu familiären Beziehungen, Erziehung und Wissensvermittlung zur Prävention von familiärer Gewalt durchzuführen.

§ 10 [Pflichten der Institutionen für Volksschlichtung] Die Institutionen für Volksschlichtung müssen nach dem Recht Streitfälle familiärer Gewalt schlichten [und] Vorkommnissen familiärer Gewalt vorbeugen und sie vermindern.

<sup>13</sup> Gewerkschaften in China sind nicht zu vergleichen mit Gewerkschaften in Deutschland. Die Gewerkschaften bzw. Arbeitnehmervertretungen Chinas sind von der KPCh geleitet und stehen unter der Anleitung der Gewerkschafterversammlung der jeweils nächsthöheren Stufe und des Gesamtchinesischen Gewerkschaftsbundes. § 6 des Gewerkschaftsgesetzes der VR China (中华人民共和国工会法) besagt, dass die Gewerkschaften die Interessen der Arbeitnehmer und gleichzeitig die Interessen aller chinesischen Bürger schützen. Wenn es zur Verlangsamung der Arbeit kommt oder die Arbeit ganz niedergelegt wird, muss die Gewerkschaft vermitteln, hat aber nach § 27 Gewerkschaftsgesetz die Pflicht, dem Unternehmen oder der Institution zu helfen, möglichst schnell wieder zu den normalen Arbeitsabläufen überzugehen.

<sup>14</sup> Kommunistische Jugendgruppen (中国共产主义青年团) dienen zur Vermittlung des Wissens zum chinesischen Sozialismus und Kommunismus unter der Jugend Chinas. Wie bei allen KdV geschieht das unter der Leitung der KPCh. Sie sind das Bindeglied zwischen der KPCh und der chinesischen Jugend.

<sup>15</sup> Frauenbünde (中华全国妇女联合会) sind KdV, die sich die Emanzipation der Frau und die Verbindung von Frauen landesweit zur Aufgabe gemacht haben. Die Aufgaben der Frauenbünde sind unter anderem die soziale Arbeit mit Frauen und Kindern im Einklang mit ihrer Satzung (中华全国妇女联合会章程). Recherchen zu den Lebensumständen von Frauen und Kindern in den unterschiedlichen Regionen Chinas und damit zusammenhängende Berichte und Vorschläge an die KPCh und die Regierung, Propaganda und Erziehung und Fortbildungen für Frauen.

<sup>16</sup> Medien (媒体), also Rundfunksender, TV-Sender, Zeitungen, Internet usw. unterstehen faktisch der Leitung, Kontrolle und Zensur der Zentralen Propagandaabteilung der KPCh (宣传部), die von obersten Führungsmitgliedern der KPCh überwacht wird. Die Propagandaabteilung gibt Anweisungen heraus, die durch staatliche Behörden, wie das Kulturministerium, die Behörde für öffentliche Sicherheit (im Folgenden kurz „BeföS“) oder das staatliche Amt für Veröffentlichungen, Partei- und Nicht-Partei-Zeitungen umgesetzt werden. Sie sind Werkzeug unter anderem zur Verbreitung von Politiken und Gesetzen, aber auch der Parteiideologie.

<sup>17</sup> Der Begriff 学校 beinhaltet alle Bildungsstätten. In den Erläuterungen zum Entwurf für das GgfG wird immer von Grund- und Mittelschulen (中小学) gesprochen. In der Interpretation des GgfG wird jedoch betont, dass 学校 hier nicht nur Grund- und Mittelschulen, sondern auch Hochschulen und Universitäten meint. Gesellschaftliche Rechtsabteilung, Interpretation des GgfG, S. 28.

<sup>18</sup> 人民政府 XX 街道办事处: Abteilung der Volksregierung zuständig für einen kleinen Bezirk in der Stadt.

<sup>19</sup> Dienstleistungsorgane für soziale Arbeit (社会工作服务机构) zählen zu den NKE und somit zu den sozialen Organisationen. Sie haben den rechtlichen Status einer gemeinnützigen juristischen Person.

第十一条 用人单位发现本单位人员有家庭暴力情况的，应当给予批评教育，并做好家庭矛盾的调解、化解工作。

第十二条 未成年人的监护人应当以文明的方式进行家庭教育，依法履行监护和教育职责，不得实施家庭暴力。

### 第三章 家庭暴力的处置

第十三条 家庭暴力受害人及其法定代理人、近亲属可以向加害人或者受害人所在单位、居民委员会、村民委员会、妇女联合会等单位投诉、反映或者求助。有关单位接到家庭暴力投诉、反映或者求助后，应当给予帮助、处理。

家庭暴力受害人及其法定代理人、近亲属也可以向公安机关报案或者依法向人民法院起诉。

单位、个人发现正在发生的家庭暴力行为，有权及时劝阻。

第十四条 学校、幼儿园、医疗机构、居民委员会、村民委员会、社会工作服务机构、救助管理机构、福利机构及其工作人员在工作中发现无民事行为能力人、限制民事行为能力人遭受或者疑似遭受家庭暴力的，应当及时向公安机关报案。公安机关应当对报案人的信息予以保密。

第十五条 公安机关接到家庭暴力报案后应当及时出警，制止家庭暴力，按照有关规定调查取证，协助受害人就医、鉴定伤情。

§ 11 [Pflichten des Arbeitgebers] Wenn der Arbeitgeber<sup>20</sup> bemerkt, dass bei Personal seiner Einheit familiäre Gewalt vorliegt, muss er [diese] kritisieren und erziehen, und er muss die Schlichtung und Auflösung der familiären Konflikte vornehmen.

§ 12 [Bildungsauftrag des Vormundes und Verbot der familiären Gewalt] Die Vormünder von Minderjährigen müssen in zivilisierter Weise familiäre Erziehung durchführen [und] nach dem Recht [ihre] Pflichten der Vormundschaft und Erziehung erfüllen; sie dürfen keine familiäre Gewalt anwenden.

### 3. Kapitel: Vorgehen bei familiärer Gewalt

§ 13 [Vorgehen Geschädigter, naher Verwandter oder Dritter bei familiärer Gewalt] Geschädigte familiärer Gewalt, ihre gesetzlich bestimmten Vertreter und nahe Verwandte können bei der Einheit des Schädigers oder des/der Geschädigten, beim Einwohnerkomitee, Dorfkomitee, beim Frauenbund oder anderen Einheiten Beschwerde einlegen, Bericht erstatten<sup>21</sup> oder um Hilfe bitten. Die betreffende Einheit muss nach Erhalt der Beschwerde, Meldung oder des Bittersuchens wegen familiärer Gewalt Hilfe und Erledigung gewähren.

Geschädigte familiärer Gewalt, ihre gesetzlich bestimmten Stellvertreter und nahe Verwandte können Meldung bei den Behörden für öffentliche Sicherheit<sup>22</sup> [= Polizei] erstatten oder nach dem Recht Klage vor dem Volksgericht erheben.

Einheiten oder Einzelpersonen, die das Geschehen von Handlungen familiärer Gewalt bemerken, haben das Recht, sofort einzugreifen.

§ 14 [Meldepflicht für Einrichtungen mit Kontakt zum Geschädigten] Wenn Bildungsstätten, Kindergärten, medizinische Einrichtungen, Einwohnerkomitees, Dorfkomitees, Dienstleistungsorgane für soziale Arbeit, Organe zur Verwaltung von Hilfe, Organe für Wohlfahrt und ihr Arbeitspersonal im Rahmen ihrer Tätigkeit bemerken, dass Geschäftsunfähige oder beschränkt Geschäftsfähige familiäre Gewalt erleiden oder es den Anschein hat, als ob sie familiäre Gewalt erleiden, müssen sie das unverzüglich der Behörde für öffentliche Sicherheit melden. Die Behörde für öffentliche Sicherheit muss die Informationen desjenigen, der Meldung erstattet hat, geheim halten.

§ 15 [Vorgehen der Behörde für öffentliche Sicherheit bei Erhalt der Meldung] Die Behörde für öffentliche Sicherheit muss bei Erhalt der Meldung von familiärer Gewalt unverzüglich Polizisten [zum Ort der Tat] senden, die familiäre Gewalt unterbinden, nach den einschlägigen Bestimmungen Ermittlungen anstellen [und] Beweise aufnehmen [und] dem Geschädigten dabei helfen, medizinische Hilfe aufzusuchen und die Schwere der Verletzungen zu begutachten.

<sup>20</sup> 用人单位, alle einstellenden Danweis, also sowohl Unternehmen als auch Institutionseinheiten (Profit, Non-Profit, staatlich, nichtstaatlich).

<sup>21</sup> 反映 heißt wörtlich „reflektieren, widerspiegeln“.

<sup>22</sup> Die BefoS sind nach § 2 der Verordnung zur Organisation und Verwaltung der Behörden für öffentliche Sicherheit ein wichtiges Werkzeug der demokratischen Diktatur des Volkes (民主专政). Polizisten (Angestellte der BefoS) sind bewaffnete Kräfte der Verwaltung der nationalen Sicherheit und Ordnung sowie der Judikative in strafrechtlichen Angelegenheiten. Ihre Aufgabe ist es, nach dem Recht rechtswidrige Aktivitäten zu verhindern, zu unterbinden und zu ahnden und gleichzeitig die Bürger zu schützen, der Entwicklung der Wirtschaft und Gesellschaft zu dienen und die nationale und gesellschaftliche Sicherheit und Ordnung zu bewahren (§ 2 Volkspolizeigesetz). Das Ministerium für öffentliche Sicherheit untersteht dem Staatsrat. Die jeweiligen BefoS der Volksregierung auf Kreisebene oder höher unterstehen der Führung durch die Volksregierung und verantworten die Arbeit zur öffentlichen Sicherheit in der betreffenden Region. Nach Bedarf richten sie Dienststellen der BefoS (公安派出所, Polizeistationen) ein, um eine gute Erreichbarkeit für die Bürger zu gewährleisten. Die Struktur, Verantwortung und Aufgaben ergeben sich aus der Verordnung zur Organisation und Verwaltung der Behörden für öffentliche Sicherheit, dem Volkspolizeigesetz und dem Beamtengesetz der VR China.

无民事行为能力人、限制民事行为能力人因家庭暴力身体受到严重伤害、面临人身安全威胁或者处于无人照料等危险状态的，公安机关应当通知并协助民政部门将其安置到临时庇护场所、救助管理机构或者福利机构。

**第十六条** 家庭暴力情节较轻，依法不给予治安管理处罚的，由公安机关对加害人给予批评教育或者出具告诫书。

告诫书应当包括加害人的身份信息、家庭暴力的事实陈述、禁止加害人实施家庭暴力等内容。

**第十七条** 公安机关应当将告诫书送交加害人、受害人，并通知居民委员会、村民委员会。

居民委员会、村民委员会、公安派出所应当对收到告诫书的加害人、受害人进行查访，监督加害人不再实施家庭暴力。

**第十八条** 县级或者设区的市级人民政府可以单独或者依托救助管理机构设立临时庇护场所，为家庭暴力受害人提供临时生活帮助。

**第十九条** 法律援助机构应当依法为家庭暴力受害人提供法律援助。

人民法院应当依法对家庭暴力受害人缓收、减收或者免收诉讼费用。

**第二十条** 人民法院审理涉及家庭暴力的案件，可以根据公安机关出警记录、告诫书、伤情鉴定意见等证据，认定家庭暴力事实。

Wenn Geschäftsunfähige oder beschränkt Geschäftsfähige durch familiäre Gewalt schwere Körperverletzungen erleiden, ihre persönliche Sicherheit bedroht ist oder sie sich in einer gefährlichen Lage befinden, wie zum Beispiel unbeaufsichtigt zu sein oder irgendeine andere gefährliche Situation, muss die Behörde für öffentliche Sicherheit die betreffende Abteilung für Zivilverwaltung benachrichtigen und diese bei der Unterbringung des Geschädigten an einem Ort für vorübergehenden Schutz, bei einem Organ zur Verwaltung von Hilfe oder einem Organ der Wohlfahrt unterstützen.

**§ 16 [Verwarnungsschreiben]** Wird nach dem Recht bei verhältnismäßig leichten Umständen der familiären Gewalt keine Strafe für die [Störung von] Ruhe und Ordnung<sup>23</sup> [= Polizeistrafe] verhängt, wird der Schädiger von der Behörde für öffentliche Sicherheit kritisiert und erzoget oder ihm wird ein Verwarnungsschreiben ausgestellt.

Das Verwarnungsschreiben muss Informationen zur Identität des Schädigers, Angaben zu den Tatsachen der familiären Gewalt, die Untersagung der Ausübung familiärer Gewalt durch den Schädiger und weiteren Inhalt enthalten.

**§ 17 [Weiteres Verfahren bei Verwarnungsschreiben]** Die Behörde für öffentliche Sicherheit muss das Verwarnungsschreiben an den Schädiger und den Geschädigten aushändigen und informiert das Einwohner- oder Dorfkomitee.

Einwohnerkomitees, Dorfkomitees [und] Dienststellen der Behörde für öffentliche Sicherheit müssen bei Schädigern und Geschädigten, die ein Verwarnungsschreiben erhalten haben, Untersuchungen und Besuche durchführen und überwachen, dass der Schädiger nicht wieder familiäre Gewalt ausübt.

**§ 18 [Einrichtung von Orten für vorübergehenden Schutz]** Die Volksregierung auf Kreisebene oder auf Ebene einer in Bezirke unterteilten Stadt kann<sup>24</sup> alleine oder unterstützt durch Organe zur Verwaltung von Hilfe Orte für vorübergehenden Schutz einrichten, um vorübergehend Hilfe beim Leben für den durch familiäre Gewalt Geschädigten bereitzustellen.

**§ 19 [Pflicht zur rechtlichen Hilfe und Regelungen zu den Prozesskosten]** Organe für Rechtsbeihilfe<sup>25</sup> müssen nach dem Recht den durch familiäre Gewalt Geschädigten Rechtsbeihilfe leisten.

Volksgерichte müssen nach dem Recht für den durch familiäre Gewalt Geschädigten die Einziehung von Prozesskosten<sup>26</sup> verschieben, sie mindern oder ganz von ihnen absehen.

**§ 20 [Beweismittel]** Volksgерichte können bei der Behandlung von Fällen, die familiäre Gewalt betreffen, durch Aufzeichnungen der durch die Behörde für öffentliche Sicherheit [zum Ort der Tat] gesandten Polizisten, das Verwarnungsschreiben, Gutachten zur Schwere der Verletzungen und weitere Beweise die Tatsachen der familiären Gewalt feststellen.

<sup>23</sup> Nach dem Gesetz der Volksrepublik China über Strafen für [die Störung] von Ruhe und Ordnung [中华人民共和国治安管理处罚法] vom 28.8.2005 in der Fassung vom 26.10.2012.

<sup>24</sup> „Kann“ bedeutet, dass keine gesetzliche Verpflichtung besteht.

<sup>25</sup> Die Organe für Rechtsbeihilfe werden durch die Volksregierung auf Kreisebene, von Kreisstädten oder regierungsunmittelbaren Städten nach Bedarf festgesetzt. Sie bieten kostenlose Rechtsbeihilfe für Leute in besonderen Fällen und in finanziellen Schwierigkeiten. Besondere Fälle bedeutet, wenn Personen, die zu der „schwachen Gruppe“ der Gesellschaft gerechnet werden, nicht selbst fähig sind, sich einen Anwalt zu leisten, oder aus irgendeinem anderen Grund keinen Anwalt haben. Das Organ für Rechtsbeihilfe errichtet auf Bezirksebene Zentren für Rechtsbeihilfe (法律援助中心), leitet diese an, koordiniert und überwacht ihre Arbeit. Das Justizministerium ist verantwortlich für alle Zentren für Rechtsbeihilfe landesweit.

<sup>26</sup> Prozesskosten, nicht zu verwechseln mit den deutschen Prozessgebühren, in China zahlt jeder seine außergerichtlichen Kosten selbst (§ 118 ff. ZPG).

**第二十一条** 监护人实施家庭暴力严重侵害被监护人合法权益的，人民法院可以根据被监护人的近亲属、居民委员会、村民委员会、县级人民政府民政部门等有关人员或者单位的申请，依法撤销其监护人资格，另行指定监护人。

被撤销监护人资格的加害人，应当继续负担相应的赡养、扶养、抚养费。

**第二十二条** 工会、共产主义青年团、妇女联合会、残疾人联合会、居民委员会、村民委员会等应当对实施家庭暴力的加害人进行法治教育，必要时可以对加害人、受害人进行心理辅导。

#### 第四章 人身安全保护令

**第二十三条** 当事人因遭受家庭暴力或者面临家庭暴力的现实危险，向人民法院申请人身安全保护令的，人民法院应当受理。

当事人是无民事行为能力人、限制民事行为能力人，或者因受到强制、威吓等原因无法申请人身安全保护令的，其近亲属、公安机关、妇女联合会、居民委员会、村民委员会、救助管理机构可以代为申请。

**第二十四条** 申请人身安全保护令应当以书面方式提出；书面申请确有困难的，可以口头申请，由人民法院记入笔录。

**第二十五条** 人身安全保护令案件由申请人或者被申请人居住地、家庭暴力发生地的基层人民法院管辖。

**第二十六条** 人身安全保护令由人民法院以裁定形式作出。

**第二十七条** 作出人身安全保护令，应当具备下列条件：

- (一) 有明确的被申请人；

**§ 21 [Sorgerechtsentzug]** Wenn Vormünder durch das Ausüben familiärer Gewalt die legalen Rechte und Interessen des Mündels schwerwiegend verletzen, können Volksgerichte auf Antrag der nahen Verwandten des Mündels, des Einwohnerkomitees, des Dorfkomitees, der Abteilungen der Zivilverwaltung der Volksregierung auf Kreisebene oder deren jeweiligen Mitarbeitern nach dem Recht die Befähigung als Vormund entziehen und einen anderen Vormund bestimmen.

Der Schädiger, dessen Qualifikation zum Vormund aufgehoben wurde, muss weiterhin damit zusammenhängende Kosten für Elternunterhalt, Ehegattenunterhalt [und/oder] Kindesunterhalt tragen.

**§ 22 [Erziehung des Schädigers, psychologische Anleitung]** Gewerkschaften, kommunistische Jugendverbände, Frauenbünde, Vereinigungen von Menschen mit Behinderung, Einwohnerkomitees, Dorfkomitees und weitere [Institutionen] müssen den Schädigern, die familiäre Gewalt ausüben, Unterricht in Herrschaft des Rechts<sup>27</sup> geben; wenn es notwendig ist, können sie<sup>28</sup> psychologische Anleitung für den Schädiger und das Opfer durchführen.

#### 4. Kapitel: Schutzanordnung zur persönlichen Sicherheit

**§ 23 [Antragsannahme, Stellvertretung für Geschäftsunfähige und beschränkt Geschäftsfähige]** Wenn der Betroffene wegen des Erleidens familiärer Gewalt oder gegenwärtig drohender familiärer Gewalt bei einem Volksgericht Antrag auf Anordnung zum Schutz der persönlichen Sicherheit stellt, muss das Volksgericht [den Antrag] annehmen.

Wenn der Betroffene geschäftsunfähig oder beschränkt geschäftsfähig ist oder aufgrund von Zwang, Drohung oder anderen Gründen nicht selbst Antrag auf Anordnung zum Schutz der persönlichen Sicherheit stellen kann, können nahe Verwandte, die Behörde für öffentliche Sicherheit, Frauenvereinigungen, Einwohnerkomitees, Dorfkomitees oder Organe zur Verwaltung von Hilfe stellvertretend den Antrag stellen.

**§ 24 [Schriftformerfordernis]** Der Antrag auf Anordnung zum Schutz der persönlichen Sicherheit muss schriftlich eingereicht werden; wenn die schriftliche Beantragung tatsächlich schwierig ist, kann der Antrag mündlich gestellt werden [und] wird vom Volksgericht protokolliert.

**§ 25 [Zuständigkeit]** Zuständig für Fälle der Anordnung zum Schutz der persönlichen Sicherheit ist das Volksgericht der Grundstufe des Wohnortes<sup>29</sup> des Antragstellers, des Antragsgegners oder des Ortes, an dem die familiäre Gewalt stattgefunden hat.

**§ 26 [Gerichtsentscheidung]** Über den Antrag auf Anordnung zum Schutz der persönlichen Sicherheit entscheidet das Volksgericht durch Beschluss.

**§ 27 [Voraussetzungen]** Die Voraussetzungen für eine Anordnung zum Schutz der persönlichen Sicherheit sind:

- (1) Es gibt einen eindeutigen Antragsgegner;

<sup>27</sup> Die vier KdV und die Einwohner bzw. Dorfkomitees müssen dem Täter „Unterricht in Herrschaft des Rechts“ geben. Sein Rechtsbewusstsein soll gestärkt werden, um zu verhindern, dass er wieder Gewalt verübt. Angesprochen werden die Einheiten und Organisationen, die besonders enge Beziehungen zu den Haushalten haben und damit am besten auf den Täter einwirken bzw. der verletzten Person helfen können. Die Komitees und Organisationen, die diese Aufgabe wahrnehmen, sollen dem Täter auf Basis ihres Wissens über seine Lebensumstände auf geeignete Art und Weise Rechtswissen vermitteln und ihn zur Einsicht der eigenen Fehler führen. Eine Methode dazu ist die Teilnahme an Unterricht, in dem ehemalige Täter familiärer Gewalt über Recht sprechen und durch ihr gutes Beispiel andere Täter davon abhalten, erneut gewalttätig zu werden.

<sup>28</sup> Da bisher kein zwingendes Therapiesystem eingerichtet ist, kann Therapie nur unter Einwilligung des Schädigers stattfinden; Gesellschaftliche Rechtsabteilung, Interpretation des GgfG, S. 21.

<sup>29</sup> Wohnort ist der Ort, an dem eine Person zusammenhängend für eine angemessene Zeitspanne lebt. Er entspricht nicht dem in § 15 AGZR definierten Wohnsitz (居所). Siehe „Empfehlungen des OVG zu einigen Fragen der Umsetzung der Allgemeinen Grundsätze des Zivilrechts der VR China.“

(二) 有具体的请求;

(2) es gibt ein konkretes Begehren;

(三) 有遭受家庭暴力或者面临家庭暴力现实危险的情形。

(3) es liegen Umstände des Erleidens familiärer Gewalt oder der gegenwärtig drohenden familiären Gewalt vor.

**第二十八条** 人民法院受理申请后,应当在七十二小时内作出人身安全保护令或者驳回申请;情况紧急的,应当在二十四小时内作出。

**§ 28 [Bearbeitungsfrist]** Das Volksgericht muss nach Annahme<sup>30</sup> des Antrags innerhalb von 72 Stunden die Anordnung zum Schutz der persönlichen Sicherheit erlassen oder den Antrag zurückweisen; liegen dringliche Umstände vor, muss die Verfügung innerhalb von 24 Stunden angeordnet werden.

**第二十九条** 人身安全保护令可以包括下列措施:

**§ 29 [Inhalt]** Die Anordnung zum Schutz der persönlichen Sicherheit kann die folgenden Maßnahmen beinhalten:

(一) 禁止被申请人实施家庭暴力;

(1) Verbot der Ausübung familiärer Gewalt durch den Antragsgegner;

(二) 禁止被申请人骚扰、跟踪、接触申请人及其相关近亲属;

(2) Verbot der Belästigung und des Nachstellens von oder der Kontaktaufnahme mit dem Antragsteller und seinen nahen Verwandten durch den Antragsgegner;

(三) 责令被申请人迁出申请人住所;

(3) Verweis des Antragsgegners aus der Wohnung des Antragstellers;

(四) 保护申请人人身安全的其他措施。

(4) weitere Maßnahmen, um die persönliche Sicherheit des Antragstellers zu schützen.

**第三十条** 人身安全保护令的有效期不超过六个月,自作出之日起生效。人身安全保护令失效前,人民法院可以根据申请人的申请撤销、变更或者延长。

**§ 30 [Geltungsdauer]** Die Gültigkeit der Anordnung zum Schutz der persönlichen Sicherheit darf sechs Monate nicht übersteigen; sie wird vom Tag des Erlasses an wirksam. Bevor die Gültigkeit der Anordnung zum Schutz der persönlichen Sicherheit endet, kann das Volksgericht sie auf Antrag des Antragstellers widerrufen, abändern oder verlängern.

**第三十一条** 申请人对驳回申请不服或者被申请人对人身安全保护令不服的,可以自裁定生效之日起五日内向作出裁定的人民法院申请复议一次。人民法院依法作出人身安全保护令的,复议期间不停止人身安全保护令的执行。

**§ 31 [Rechtsbehelf]** Wenn der Antragsteller die Zurückweisung des Antrags oder der Antragsgegner die Anordnung zum Schutz der persönlichen Sicherheit nicht akzeptiert, können sie innerhalb von fünf Tagen nach Erlass des Beschlusses beim Volksgericht, das den Beschluss erlassen hat, einmalig erneute Beratung beantragen. Hat das Volksgericht nach dem Recht eine Anordnung zum Schutz der persönlichen Sicherheit erlassen, wird während einer erneuten Beratung die Vollstreckung der Anordnung zum Schutz der persönlichen Sicherheit nicht eingestellt.<sup>31</sup>

**第三十二条** 人民法院作出人身安全保护令后,应当送达申请人、被申请人、公安机关以及居民委员会、村民委员会等有关组织。人身安全保护令由人民法院执行,公安机关以及居民委员会、村民委员会等应当协助执行。

**§ 32 [Zustellung, Vollstreckung]** Nach dem Erlass einer Anordnung zum Schutz der persönlichen Sicherheit muss diese dem Antragsteller, dem Antragsgegner, der Behörde für öffentliche Sicherheit sowie dem Einwohnerkomitee, dem Dorfkomitee und weiteren betreffenden Organisationen<sup>32</sup> zugestellt werden. Die Anordnung zum Schutz der persönlichen Sicherheit wird vom Volksgericht vollstreckt, die Behörde für öffentliche Sicherheit sowie das Einwohnerkomitee und das Dorfkomitee müssen es bei der Vollstreckung unterstützen.

<sup>30</sup> Im ersten Gesetzesentwurf stand eine Frist von 48 Stunden. In den Meinungen zu dem Entwurf wurde klar, dass 48 Stunden von vielen als zu lang angesehen wurde. Daher hat sich der Gesetzgeber dafür entschieden, zwischen einer normalen Schutzanordnung und einer Schutzanordnung mit besonderer Dringlichkeit zu differenzieren, die in 72 bzw. 24 Stunden erlassen werden muss. Das ist der Kompromiss zwischen dem Interesse des Opfers auf schnellstmöglichen Schutz und dem geordneten Arbeitsablauf an den Volksgerichten.

<sup>31</sup> Keine aufschiebende Wirkung des Rechtsbehelfs. Während der erneuten Beratung verliert die Schutzanordnung nicht ihre Wirksamkeit. Eine aufschiebende Wirkung des Rechtsbehelfs wäre im Falle einer Schutzanordnung unzweckmäßig, da sie schnellen Schutz gewähren soll. Diese Regelung verhindert, dass der Antragsgegner das Wirksamwerden des Beschlusses verzögern kann.

<sup>32</sup> Mit „und betreffenden Organisationen“ ist vor allem die Arbeitseinheit des Täters gemeint.

## 第五章 法律责任

第三十三条 加害人实施家庭暴力,构成违反治安管理行为的,依法给予治安管理处罚;构成犯罪的,依法追究刑事责任。

第三十四条 被申请人违反人身安全保护令,构成犯罪的,依法追究刑事责任;尚不构成犯罪的,人民法院应当给予训诫,可以根据情节轻重处以一千元以下罚款、十五日以下拘留。

第三十五条 学校、幼儿园、医疗机构、居民委员会、村民委员会、社会工作服务机构、救助管理机构、福利机构及其工作人员未依照本法第十四条规定向公安机关报案,造成严重后果的,由上级主管部门或者本单位对直接负责的主管人员和其他直接责任人员依法给予处分。

第三十六条 负有反家庭暴力职责的国家工作人员玩忽职守、滥用职权、徇私舞弊的,依法给予处分;构成犯罪的,依法追究刑事责任。

## 第六章 附则

第三十七条 家庭成员以外共同生活的人之间实施的暴力行为,参照本法规定执行。

第三十八条 本法自2016年3月1日起施行。

## 5. Kapitel: Gesetzliche Haftung

§ 33 [Verwaltungs- und strafrechtliche Haftung] Wenn die Ausübung familiärer Gewalt durch den Schädiger eine Handlung darstellt, die ein Verstoß gegen Ruhe und Ordnung ist, wird nach dem Recht eine Strafe für die [Störung von] Ruhe und Ordnung verhängt; stellt sie eine Straftat dar, wird nach dem Recht die strafrechtliche Haftung verfolgt.

§ 34 [Verstoß gegen Schutzanordnung] Verstößt der Antragsgegner gegen eine Anordnung zum Schutz der persönlichen Sicherheit [und] stellt dies eine Straftat dar, so wird nach dem Recht die strafrechtliche Haftung verfolgt; stellt sie keine Straftat dar, so muss das Volksgericht ihn ermahnen und kann je nach Schwere ein Bußgeld von bis zu 1.000 Yuan oder bis zu 15 Tagen Arrest verhängen.

§ 35 [Disziplinarmaßnahmen bei Missachtung der Meldepflicht] Wenn Schulen, Kindergärten, medizinische Einrichtungen, Einwohnerkomitees, Dorfkomitees, Dienstleistungsorgane für soziale Arbeit, Organe zur Verwaltung von Hilfe, Organe für Wohlfahrt und ihre Mitarbeiter nicht gemäß § 14 dieses Gesetzes Meldung bei der Behörde für öffentliche Sicherheit erstatten und dadurch schwerwiegende Folgen entstehen, so verhängt die zuständige Abteilung auf nächsthöherer Ebene oder die betreffende Einheit nach dem Recht Disziplinarmaßnahmen gegen den direkt dafür verantwortlichen Zuständigen und anderes direkt dafür verantwortliches Personal.

§ 36 [Strafrechtliche Haftung oder Disziplinarmaßnahmen bei Verstößen staatlicher Bediensteter] Vernachlässigt ein staatlicher Bediensteter<sup>33</sup>, dessen Amtspflicht es ist, familiäre Gewalt zu bekämpfen, seine Amtspflicht, missbraucht seine Befugnisse [oder] handelt er zum eigenen Vorteil unlauter, so werden nach dem Recht Disziplinarmaßnahmen verhängt; stellt [sein Handeln] eine Straftat dar, so wird nach dem Recht die strafrechtliche Haftung verfolgt.

## 6. Kapitel: Ergänzende Regelungen

§ 37 [Anwendungsbereich] Für die Ausübung von Gewalthandlungen zwischen gemeinsam lebenden<sup>34</sup> Personen, die nicht Familienmitglieder sind, gelten die Bestimmungen dieses Gesetzes entsprechend.

§ 38 [Inkrafttreten] Dieses Gesetz wird ab dem 1. März 2016 angewendet.

Übersetzung, Fußnoten und Paragrafenüberschriften von Mareike Seeßelberg.

<sup>33</sup> Dieser Begriff wird in § 93 des Strafgesetzes der VR China definiert. Er umfasst alle Angestellten staatlicher Organe (国家机关), die im öffentlichen Dienst tätig sind. Er umfasst auch, aber nicht nur, Beamte nach dem Beamtengesetz. Die staatlichen Bediensteten, deren Amtspflicht es ist, familiäre Gewalt zu bekämpfen, und die damit von diesem Paragrafen betroffen sind, sind die Mitarbeiter der Volksgerichte, der BefÖS, der Abteilungen der Zivilverwaltung, der Regierungen der Städte und Gemeinden, der Straßenbüros, Einwohnerkomitees, Dorfkomitees und der Polizeidienststellen.

<sup>34</sup> Gemeinsam leben (共同生活) bedeutet hier nicht zwingend das Gleiche wie gemeinsam Wohnen (同居).